

Stenographisches Protokoll

32. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 26. Jänner 1984

Inhalt	Ausschüsse
Personalien	Zuweisungen (S. 2755)
Krankmeldungen (S. 2742)	Unvereinbarkeitsangelegenheiten
Entschuldigungen (S. 2742)	Zweiter Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses (S. 2755)
Ordnungsruf (S. 2755)	
Fragestunde (19.)	
Justiz (S. 2742)	Eingebracht wurden
Dr. Lichal (146/M); Mag. Kabas, Kraft Schemer (133/M); Dr. Ettmayer, Mag. Kabas	Antrag der Abgeordneten
Landesverteidigung (S. 2746)	Dr. Nowotny, Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (78/A)
Wimmersberger (147/M); Eigruber, Arnold Grabner, Kraft	
Dr. Ermacora (148/M); Dr. Gugerbauer, Ing. Ressel, Dkfm. Gorton	Anfragebeantwortung
Dr. Neisser (149/M); Probst, Ing. Tychtl, Kop- pensteiner	des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (342/AB zu 394/J)
Dr. Ermacora (150/M); Dr. Gugerbauer, Rop- pert, Kraft	

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident **Benya**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Steinbauer, Maria Elisabeth Möst, Kottek, Gossi.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Lanner, Paulitsch, Lußmann, Marsch.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Justiz

Präsident: 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Lichal (ÖVP) an den Bundesminister für Justiz.

146/M

Wann wird die Sonderanstalt Göllersdorf in Betrieb genommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Justiz Dr. **Ofner:** Herr Abgeordneter! Nach dem derzeitigen Planungsstadium, das man einhalten wird können, wird die Justizanstalt Göllersdorf mit 1. Dezember 1984 den Betrieb aufnehmen.

Zur Vorbereitung des ordnungsgemäßen Betriebes wird bereits ab spätestens 1. April 1984 die Verwaltung in die Justizanstalt Göllersdorf übersiedeln. Die Justizverwaltung wird das Gebäude am 1. Juli 1984 von der zuständigen Baudienststelle Niederösterreich übernehmen. In der Folge wird die Justizanstalt Göllersdorf bis spätestens 1. November 1984, auch was die Inneneinrichtung betrifft, fertiggestellt sein.

In der Zeit vom 1. November bis 30. November 1984 ist eine Ausbildung aller Mitarbeiter an Ort und Stelle geplant, um einen reibungslosen Betrieb in Zukunft zu gewährleisten.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Lichal:** Herr Bundesminister! Bei dieser Sonderanstalt Göllersdorf handelt es sich ja um ein altes Schloß. Es wur-

den verschiedene Auflagen im Hinblick auf Denkmalpflege erteilt.

Nun höre ich aber, daß viele dieser kostspieligen Restaurierungsarbeiten praktisch ja niemand zu Gesicht bekommen wird, weil es sich um eine Strafanstalt handelt, um eine Sonderanstalt, und maximal Professor Sluga in den wenigen Stunden, die er draußen vielleicht verbringen wird, von den Schönheiten denkmalpflegerischer Art etwas haben wird.

Ich frage daher: Wie hoch sind die Kosten — können Sie mir das sagen — für die Restaurierungsarbeiten an diesem Schloß, die man eigentlich nie mehr sehen wird? Wie hoch sind die Kosten für den Steuerzahler?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner:** Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß alles, was mit dem Bau selbst zusammenhängt, nicht den Bereich der Justiz unmittelbar betrifft, sondern den des Bundeslandes Niederösterreich einerseits und des Bautenministeriums andererseits.

Es mag schon sein, daß in dem einen oder anderen Fall, in dem von seiten des Bundesdenkmalamtes Auflagen erteilt werden, die vorsehen, daß mitunter auch recht kostspielige denkmalschützerische Aufgaben erfüllt werden, dann relativ wenige Leute das Ergebnis sehen, aber es geht eben in den Belangen des Denkmalschutzes um die Erhaltung objektiv wertvoller Dinge.

Alles in allem wird der Umbau des ehemaligen Schloßgebäudes Göllersdorf, das seit Jahrzehnten als Vollzugseinrichtung verwendet wurde, nach den derzeit vorliegenden Unterlagen einschließlich Einrichtung 155 Millionen Schilling kosten. Dieser Aufwand erscheint im Hinblick auf die Kosten der notwendigen Sicherheitseinrichtungen — es handelt sich ja um eine Anstalt, in der der Maßnahmenvollzug für geistig abnorme, unzurechnungsfähige Straftäter durchgeführt werden soll —, also für eine Population, wo das höchste Maß an Sicherheitseinrichtung gerechtfertigt erscheint und auch ergriffen wurde, was natürlich Geld kostet, einschließlich also dieser Sicherheitseinrichtungen und der Ausstattung mit ärztlichen Geräten angemessen und vertretbar, wenn auch teuer. Die Bauführung, ich wiederhole es, obliegt dem Bundesministerium für Bauten und

Bundesminister Dr. Ofner

Technik und der Bauabteilung der Niederösterreichischen Landesregierung.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Lichal:** Herr Bundesminister! Das Land führt ja den Bau nur in der mittelbaren Bundesverwaltung durch. Die Planung erfolgt ja durch das Justizministerium und durch das Bautenministerium. Da muß ich Sie schon korrigieren, denn durchführend ist ja das Land praktisch nur als Vollzugsorgan des Bundes für das Justizministerium, also für Ihr Ressort, und für das Bautenministerium.

Ich nehme gern Ihre Auskunft hinsichtlich der Sicherheitsmaßnahmen zur Kenntnis, denn es handelt sich ja dort bei dieser Sonderanstalt wirklich um die Inhaftierung, um die Sicherheitsverwahrung von sehr gefährlichen Verbrechern, kann man sagen. Es handelt sich also um Schwerverbrecher.

Jetzt erhebt sich eine Frage — weil Sie soviel Wert legen auf die Sicherheitseinrichtungen, die dort erforderlich sind —: Bis heute weiß man überhaupt noch nicht, ob man um diese Anstalt eine Mauer aufführen wird — eine diesbezügliche Bauverhandlung hat noch gar nicht stattgefunden —, ob sich Schwierigkeiten ergeben. Das heißt, die Bevölkerung in diesem Gebiet weiß überhaupt nicht, ob sie gesichert ist vor diesen Gewaltverbrechern, die ihr Leben lang dann in dieser Sonderanstalt verbringen, oder ob das nur ein schönes Schloß ist zum Anschauen.

Was werden Sie jetzt wirklich konkret tun, um die Sicherheitsbedürfnisse für die Bevölkerung dieses Gebietes zu gewährleisten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner:** Herr Abgeordneter! Zunächst, um klarzustellen: Der Bau dient der Justiz. Er dient dem Maßnahmenvollzug hinsichtlich geisteskranker, unzurechnungsfähiger Straftäter. Gebaut wird nicht im Bereich der Justiz, gebaut wird im Bereich Bauten und Technik und im Bereich des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung.

Es soll in diesem Zusammenhang nichts damit zu tun haben, daß solche Dinge natürlich Geld kosten, und wenn vom Bundesdenkmalamt her Auflagen kommen, dann sind sie zu erfüllen. Das wird mitunter etwas kosten,

und es wird auch so sein, daß es Dinge gibt, die nicht für jedermann zugänglich sind.

Gerade die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung, die Sie erwähnt haben und die das Ministerium natürlich teilt, machen die Sache teurer, als würde man, ohne diese ganz dezidiert vorgetragenen Sicherheitsbedürfnisse zu berücksichtigen, vorgehen. Es ist so, daß von Anfang an, was die Sicherheitsvorkehrungen anlangt, engstes Zusammengehen mit der örtlichen Bevölkerung beziehungsweise mit ihren Repräsentanten gepflogen wurde. Ihre Information, daß es ein solches Zusammengehen und solche Kontaktnahmen nicht gegeben hätte, ist unzutreffend, Herr Abgeordneter.

Es ist alles in allem so, daß durch die ständige Diskussion mit den zuständigen Mandataren in Göllersdorf erreicht wurde, daß volle Übereinstimmung über die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen gefunden worden ist. Es ist aber darüber hinaus beabsichtigt — über die Kontaktnahme und die ständige Kontakthaltung mit den zuständigen Mandataren hinaus —, nach Fertigstellung der Justizanstalt in Göllersdorf einen Tag der offenen Tür dort zu veranstalten, um es der Ortsbevölkerung möglich zu machen, sich ganz persönlich von den getroffenen Vorkehrungen zu überzeugen, aber auch das Therapiekonzept in Augenschein zu nehmen.

Eine Diskrepanz, Herr Abgeordneter, dürfen wir nicht geschehen lassen, daß wir sagen: Erstens müssen die Sicherheitsbedürfnisse höchstmöglich erfüllt werden, ihnen muß höchstmöglich nachgekommen werden — so geschieht es auch —, und zweitens darf es nichts kosten. Das geht nicht. Sicherheit geht über alles bei einer solchen Anstalt. Das weiß das Bundesministerium für Justiz. Es hat danach gehandelt. Aber Sicherheit in diesen Dingen kostet Geld.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Herr Bundesminister! Es war ja so, daß damals bei der Verabschiedung der Strafrechtsreform alle drei Parteien für die Errichtung solcher Sonderanstalten eingetreten sind, und daher ist jetzt als Konsequenz Göllersdorf entstanden.

Ich möchte Sie fragen: Wie waren Ihre bisherigen Erfahrungen mit der Unterbringung geistig abnormer Rechtsbrecher auf Grund des neuen Strafgesetzbuches?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner:** Herr Abgeordneter! Der Maßnahmenvollzug für geistig abnorme Rechtsbrecher, also für Personen, die nicht normal und unzurechnungsfähig sind, wird derzeit in der Sonderanstalt Mittersteig und in deren Außenstelle Stockerau — erstere in Wien, zweite in Niederösterreich gelegen — vollzogen. Diese Form des Maßnahmenvollzuges und die geschaffenen Betreuungseinrichtungen haben wirkungsvoll dazu beigetragen, den Absichten des Gesetzgebers Rechnung zu tragen. Darüber hinaus wurden zwei Dinge erreicht: Erstens wird durch die Unterbringung geisteskranker Rechtsbrecher eine fachärztliche Betreuung mit entsprechender Therapie angeboten und darüber hinaus wird durch Arbeitstherapie die Wiedereingliederung des Rechtsbrechers in die Gesellschaft erleichtert.

Das ist der Sinn der Übung. Wir wollen ja durch eine sinnvolle Betreuung und Behandlung gerade bei diesen Rechtsbrechern, die abnorm sind, erwirken, daß ihre Gefährlichkeit auf medizinischem Wege aus der Welt geschafft wird und daß sie wieder eingegliedert werden können in den normalen Ablauf der Dinge. Das ist eine relativ aufwendige und schwierige Sache, aber es muß doch in dieser Richtung vorgegangen werden, um den Erfolg sicherzustellen.

Durch die Einrichtung der Sonderanstalt wird der Normalvollzug weitgehend durch einen Personenkreis entlastet, der schwer zu führen ist, das heißt, diese besonders problematischen Täter kommen aus den normalen Strafvollzugsanstalten weg und es kann dann dort der Ablauf sinnvoller im Sinne einer Wiedereingliederung der Betroffenen in die Gesellschaft im Interesse dieser Gesellschaft vorgenommen werden.

Über den Maßnahmenvollzug nach § 21 Abs. 1 Strafgesetzbuch — um den handelt es sich bei unzurechnungsfähigen geisteskranken Rechtsbrechern — liegen Erfahrungen aus der Führung des Pavillons 23 des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien vor. Dort sind sie zu einem guten Teil derzeit auch noch untergebracht. Auch diese auf Grund einer Vereinbarung mit der Stadt Wien vorgesehenen Einrichtungen für den Maßnahmenvollzug haben sich bewährt und bringen wertvolle Erfahrungen für die Vorbereitung der Arbeit in der Justizanstalt Göllersdorf mit sich. Das heißt, es wird zwar Neuland in gewisser Richtung in dieser Anstalt beschritten, aber doch fußend auf Erfahrungen, die

wir in den Anstalten Mittersteig, Stockerau und im Pavillon 23 des Psychiatrischen Krankenhauses sammeln haben können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ganz konkret — eine Frage des Kollegen Lichal haben Sie nicht beantwortet —: Wird um Göllersdorf nun eine Mauer gebaut, ja oder nein? Haben Sie damit schon begonnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner:** Herr Abgeordneter! Sie meinen die Strafvollzugsanstalt. Ich nehme nicht an, daß Sie die ganze Gemeinde meinen, Herr Kollege, wenn Sie fragen, ob um Göllersdorf eine Mauer gebaut wird. Wenn es um die Strafvollzugsanstalt geht, Herr Kollege, dann bitte ich um Verständnis, daß ich bauliche Details Ihnen nicht auswendig sagen kann. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ich stehe aber nicht an, Ihnen zu erklären — und ich empfehle Ihnen als Oberösterreicher, einmal nach Niederösterreich zu reisen und sich die Dinge anzusehen und vielleicht mit dem Bürgermeister dort zu sprechen —, daß die Sicherheitsvorkehrungen im Einvernehmen mit den Mandataren erfolgen. Ich werde Ihnen Einzelheiten auf diesem Sektor, die bauliche Gegebenheiten umfassen, gern nachreichen.

Aber ich empfehle noch etwas: Wenden Sie sich doch, bitte, an das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, das dort unmittelbar baut! *(Abg. Dr. Lichal: Sie sind der Justizminister!)* Lieber Kollege Lichal! Ich weiß schon, daß Sie nicht gern hören, daß die Verantwortlichen diesbezüglich im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung sitzen. Aber ich empfehle Ihnen, sich einmal dort zu erkundigen, ob die Mauer um die Strafvollzugsanstalt gebaut wird oder nicht. Ich werde es davon unabhängig für Sie tun und werde beim Amt der Landesregierung nachfragen und werde es Ihnen mitteilen. *(Abg. Dr. Graff: Wenn Sie es nicht wissen, dann sagen Sie es! Es gibt „Ja“, „Nein“ oder „Ich weiß es nicht!“ — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Abgeordneter Schemer (SPÖ) an den Herrn Minister.

133/M

Wie ist der Stand der Arbeiten zur Errichtung eines neuen Bezirksgerichtes Donaustadt in Wien?

Präsident: Bitte, Herr Minister. (*Abg. Dr. Graff: So ein Geschwafel!*)

Bundesminister Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Es ist eben immer wieder so, daß man sich von einzelnen Abgeordneten mit Bemerkungen wie der, die soeben gefallen ist, herumschlagen muß, aber daran werden wir uns in diesem Haus gewöhnen müssen. (*Abg. Dr. Graff: Antworten Sie!*) Über den Stand der Arbeiten zur Errichtung eines neuen Bezirksgerichtes Donaustadt in Wien: Mit der Errichtung des Bezirksgerichtes Donaustadt trägt das Bundesministerium für Justiz der Bevölkerungsentwicklung in den Bezirken nördlich der Donau Rechnung. Das Bezirksgericht Donaustadt wird eine wesentliche Verbesserung der Gerichtsorganisation bringen. Die großen Bezirksgerichte Innere Stadt Wien und Floridsdorf werden entlastet und überschaubarer werden. Das Bezirksgericht Donaustadt wird im neuen Behördenzentrum in Wien 22, Wagramer Straße—Prandaugasse, untergebracht werden. Der Spatenstich hat am 19. September 1983, wie wir beide wissen, stattgefunden.

Das Bundesministerium für Justiz ist an einer zügigen Bauführung sehr interessiert. Gerade dort es es wichtig. Die Bezirke jenseits der Donau befinden sich nach wie vor in einer sehr stürmischen bevölkerungsmäßigen und wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Eine in der vergangenen Woche durchgeführte Begehung der Baustelle hat ergeben, daß das Kellergeschoß im Rohbau bereits fertiggestellt ist.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Schemer: Herr Bundesminister! Der 22. Wiener Gemeindebezirk ist der flächenmäßig größte Bezirk Wiens, umfaßt 104 Quadratkilometer und hat eine Einwohnerzahl von über 100 000. Wie Sie schon ausführten, ist natürlich der Bau dieses Gebäudes äußerst dringlich.

Können Sie mir, Herr Minister, sagen, wann konkret mit einer Fertigstellung und einem Bezug dieses Gebäudes durch die Gerichtsinstanzen zu rechnen ist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Bisher sind die gesetzten Termine in

der Bauführung eingehalten worden, und es ist alles planmäßig vor sich gegangen. Nach Auskunft des Bauträgers — das ist die BUWOG — ist damit zu rechnen, daß der Terminplan auch in Zukunft wird eingehalten werden können. Nach diesem Plan wird das Gerichtsgebäude Donaustadt am 30. August 1985 fertiggestellt sein. (*Ruf bei der ÖVP: Lang!*) Unmittelbar danach kann die Einrichtung des Gebäudes mit der erforderlichen Amtsausstattung beginnen. Dies wird etwa zwei Monate dauern.

Es kann daher davon ausgegangen werden, daß das BG Donaustadt spätestens mit Anfang des Jahres 1986 voll funktionsfähig zur Verfügung stehen wird. (*Abg. Dr. Graff: Warum geht es jetzt? Eine klare Antwort! Bravo! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Schemer: Ein weiteres Erfordernis ist die Einrichtung eines Grundbuches, weil ja gerade links von der Donau sehr viele Grundverkäufe stattfinden. Es ist ja ein Siedlungsgebiet.

Können Sie mir, Herr Bundesminister, sagen, ob auch für die Einrichtung eines Grundbuches die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden sind oder geschaffen werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Ofner: Herr Abgeordneter! Das Bezirksgericht Donaustadt wird für alle Sparten der bezirksgerichtlichen Tätigkeit ausgelegt sein. Es wird auch ein eigenes, und zwar bereits voll auf EDV-Stützung vorbereitetes beziehungsweise diesbezüglich betriebenes Grundbuch angelegt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ettmayer.

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Bundesminister! Die Errichtung des Bezirksgerichtes Donaustadt bedeutet sicherlich, so wie Sie gesagt haben, eine Entlastung der Gerichtsorganisation einerseits und der Bevölkerung andererseits.

Da jetzt doch schon seit einiger Zeit in der Donaustadt über 100 000 Menschen wohnen, möchte ich Sie fragen, Herr Bundesminister: Warum mußten diese Bürger so lange Zeit auf ein eigenes Bezirksgericht warten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Ofner**: Herr Abgeordneter! Es ist in den letzten zehn Jahren im Bereich der Justiz so viel gebaut worden wie niemals zuvor in der Geschichte. Es sind von den genau 210 Gerichtsgebäuden, die es in Österreich gibt, nicht weniger als 67, also ziemlich genau ein Drittel, in den letzten zehn Jahren entweder völlig erneuert oder generalisiert worden. Die Bautätigkeit ist also außerordentlich umfangreich und groß. Es können aber nicht alle Lücken (*Zwischenruf bei der ÖVP*), die in den Jahren und Jahrzehnten vorher durch Nichtbautätigkeit oder geringe Bautätigkeit entstanden sind, auf einmal geschlossen werden. Wir sind stolz darauf, daß wir rasch aufholen können, aber es geht nicht alles gleichzeitig. (*Zwischenruf des Abg. Schemer*.)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Herr Bundesminister! Ich möchte Sie fragen: Welche sonstigen baulichen Maßnahmen planen Sie im Raum Wien auf dem Gerichtssektor?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Ofner**: Herr Abgeordneter! Geplant wird derzeit für den Neubau des Bezirksgerichtes für Handelssachen in Wien I, Singerstraße 21 bis 23. Die Baubewilligung ist noch nicht in Rechtskraft erwachsen, sodaß mit den Bauarbeiten noch nicht hat begonnen werden können. Unmittelbar von dem Baubeginn steht aber die Generalisierung des alten Teiles des Bezirksgerichtes Floridsdorf.

Derzeit im Gange ist die Generalisierung des Gebäudekomplexes des Landesgerichtes für Strafsachen Wien. Wenn wir den Raum Wien vom Bausektor im Bereich der Justiz her ein bisserl beleuchten wollen, so ist es das größte Bauvorhaben der Justiz überhaupt: Komplex Graues Haus, Justizpalast in Wien und die Gerichtsgebäude Wien-Innere Stadt, Wien-Fünfhaus, Wien-Favoriten und Wien-Liesing sowie der Neubau des Bezirksgerichtes Mödling, mit dessen Ausführung bereits begonnen wurde.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Wimmersberger (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung.

147/M

Halten Sie eine österreichische Waffenproduktion für notwendig?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter! Sie fragen mich, ob ich eine österreichische Waffenproduktion für notwendig erachte. Das kann ich mit einem klaren Ja beantworten. Ich meine: Wer zur militärischen Landesverteidigung ja sagt, der muß aus Gründen der anzustrebenden militärischen Autarkie natürlich an einer österreichischen, an einer inländischen Beschaffungspolitik des Verteidigungsressorts interessiert sein.

Präsident: Erste Zusatzfrage.

Abgeordneter **Wimmersberger**: In der Zeitung „Le Monde“ vom 19. Jänner 1984 steht, daß der französische Verteidigungsminister eine Kommission eingesetzt hat, die untersuchen soll, wie die Exporte ausgedehnt werden könnten, in welche Länder exportiert werden könnte und welche Waffengattungen exportiert werden könnten. Das hat der französische Verteidigungsminister — ich sage ausdrücklich: Verteidigungsminister! — getan.

Herr Bundesminister! Könnten Sie sich vorstellen, nachdem letzten Endes in Österreich ja rund 40 000 Arbeitsplätze an diesen Produktionen direkt oder indirekt hängen, daß auch Ihr Ministerium derartige Aktivitäten setzen würde, um die Industrie und die produzierenden Betriebe dadurch zu unterstützen?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter! Natürlich steht aus meiner Perspektive bei der Beantwortung dieser Frage der Bedarf des Heeres im Vordergrund, der Bedarf der militärischen Landesverteidigung in Österreich. Danach hat die Bedarfsartikulation gegenüber der Wirtschaft durchgeführt zu werden, und die Wirtschaft hat nach Möglichkeit diesem Bedarf des österreichischen Herres Rechnung zu tragen.

Natürlich sind die wirtschaftlichen Begleitwirkungen einer eigenen Beschaffungspolitik und Beschaffungsindustrie in Österreich für die Arbeitsmarktsituation wertvoll. Diesen Aspekt übersehe ich natürlich nicht. Aber im Vordergrund steht die eigentliche militärische Bedarfslage.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Wimmersberger: Herr Bundesminister! Könnten Sie sich vorstellen, daß Sie im Rahmen und mit Mitteln Ihres Ressorts Aufklärungsarbeit leisten, daß die österreichische Waffenproduktion notwendig ist und die Forderung „Pflugscharen statt Schwerter“ vom volkswirtschaftlichen und natürlich auch vom neutralitätspolitischen Standpunkt aus unmöglich ist? Sind die dafür, daß Ihr Ministerium in dieser Hinsicht Aufklärungsarbeit leistet?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Selbstverständlich. Es ist unsere Aufgabe, insgesamt im Rahmen der geistigen Landesverteidigung klarzumachen, daß wir eine militärische Landesverteidigung brauchen und daß sich logisch die weiteren Schritte ergeben, inklusive eines Waffenexportes. Das muß man klipp und klar sagen, das habe ich auch seit meinem Amtsantritt bei jeder passenden Gelegenheit getan. Ich meine, daß die Argumentation, daß Waffenproduktion an sich schon etwas Böses und Unmoralisches wäre, überhaupt keine Rechtfertigung hat. Das muß man klar aussprechen.

Unmoralisch wird die Waffe durch unmoralischen Einsatz. Bei unserer rein defensiven Verteidigungspolitik sehe ich überhaupt keine moralischen Bedenken, klipp und klar zu sagen, daß wir diese inländische Produktion und unter bestimmten Voraussetzungen auch dem Export zustimmen und ihn fördern müssen. Darüber gibt es bei mir persönlich überhaupt keine Debatte. Ich weiß allerdings, daß in der Öffentlichkeit immer wieder kritisiert wird, wenn da und dort Schwierigkeiten auftauchen. Sie kennen ja die Beispiele. Das halte ich meines Erachtens einfach für unlogisch und falsch.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Eigruber.

Abgeordneter Eigruber (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Klein- und Mittelbetriebe bezeichnet man als den Motor der österreichischen Wirtschaft, man kann auch sagen, das Aktivelement der österreichischen Wirtschaft. Es befinden sich darunter sehr viele Zulieferer für die Waffenindustrie.

Ich frage Sie deshalb: Welchen Anteil haben die Klein- und Mittelbetriebe an der Waffenproduktion?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! In reinen Zahlen läßt sich das gar nicht so klar darstellen. Sie wissen, daß die großen Waffenproduzenten, die unsere Kettenfahrzeuge et cetera herstellen, zum Großteil im Bereich der Verstaatlichten oder im Nahbereich der Verstaatlichten liegen, also eher Großbetriebe sind. Aber daß diese Großbetriebe natürlich Zulieferungen brauchen, ist ganz klar. Daher ist diese Waffenproduktion, wirtschaftlich gesehen, natürlich von größter Bedeutung für die von Ihnen zitierten Mittel- und Kleinbetriebe. Quantifizieren könnte ich das nach meinem Wissensstand bei Ihrer Zusatzfrage nicht. Aber die Bedeutung für die Gesamtwirtschaft ist groß.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Grabner.

Abgeordneter Arnold Grabner (SPÖ): Herr Bundesminister! Vor wenigen Tagen war ein Bericht im ZDF über die Waffenproduktion in der Bundesrepublik Deutschland. Man hat gesehen, daß dort 200 000 Arbeitnehmer direkt oder indirekt in der Waffenproduktion tätig sind.

Können Sie mir sagen, wie viele Arbeitnehmer in Österreich direkt oder indirekt in der Waffenproduktion tätig sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Exakt läßt sich auch das natürlich nicht hieb- und stichfest beantworten. Mir wurde gesagt, daß rund 40 000 österreichische Arbeitsplätze mit der inländischen Beschaffung des Bundesheeres in Konnex stehen. Das ist immerhin eine erkleckliche Zahl, die neben den militärischen Aspekten auch die wirtschaftliche Bedeutung der Landesverteidigung sehr deutlich macht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft. Bitte.

Abgeordneter Kraft (ÖVP): Herr Bundesminister! Alle Parteien in diesem Hause sind, glaube ich, der Auffassung, daß man den Steyr-Werksarbeitern in ihrer schwierigen Situation vernünftig helfen muß. Ich betone: vernünftig helfen muß.

Sie haben den politischen Auftrag bekommen, Panzer, die für den Export bestimmt waren, für das österreichische Bundesheer nun zusätzlich zu kaufen. Die Fachleute haben Ihnen eindringlich gesagt, daß wir diese Panzer im Augenblick nicht brauchen,

2748

Nationalrat XVI. GP — 32. Sitzung — 26. Jänner 1984

Kraft

daß wir sie nur kaufen, irgendwo abstellen und verrosten lassen können, weil etwa noch ein Jahrzehnt vergehen wird, bis wir wirklich neue Panzer brauchen. Das ist die Meinung der Fachleute.

Ich möchte Sie daher fragen, Herr Bundesminister: Zu welchen Lasten in Ihrem Budget geht nun dieser Ankauf der nicht notwendigen und nicht gebrauchten Panzer? Was können Sie aus Ihrem Budget heuer deshalb nicht kaufen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Herr Abgeordneter! Ich kann in diesem Jahr trotz der Beschaffung der Kürassiere genauso viel kaufen wie geplant. Ich möchte aber vielleicht zu Ihrer Vorfrage oder Ihrer Einleitung sagen — ich mache überhaupt kein Hehl aus der Situation —: Wir alle wissen, daß diese Kürassiere, die jetzt angeschafft werden, im Beschaffungsprogramm des Bundesheeres zeitlich gesehen momentan nicht das Dringende sind. Daß die Bundesregierung und ich als Verteidigungsminister diesem Ankauf zugestimmt haben, ist natürlich eine eher gesamtwirtschaftliche Perspektive gewesen.

Allerdings ist Ihre Aussage, daß es nicht notwendig sei, insofern zu relativieren, daß wir diese Kürassiere natürlich gemäß unseren Organisationsplänen für die mobile Panzerabwehr der Jägerbrigaden brauchen. Sie kennen das Problem. Daher ist es, was auch gesagt wurde, keine sinnlose Anschaffung, sondern es ist eine sehr sinnvolle. Nur ist sie natürlich zeitlich vorgezogen worden.

Die Finanzierung sieht so aus, daß bei den Gesprächen mit dem Finanzminister klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß damit unser Investitionsprogramm nicht beeinträchtigt werden darf. Diese Zusage ist gemacht worden.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Ermacora (ÖVP) an den Minister.

148/M

War die Erklärung des Vizekanzlers, in den USA Abfangjäger zu kaufen, mit Ihnen abgesprochen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Herr Abgeordneter! Sie fragen mich, ob die Erklärung des Vizekanzlers, in den USA Abfangjäger

zu kaufen, mit mir abgesprochen gewesen sei. Ich verstehe die Frage nicht ganz, weil nach meinen Informationen der Herr Vizekanzler in den Vereinigten Staaten nirgends gesagt hat, daß wir in den Vereinigten Staaten Abfangjäger kaufen. Es ist also keine Festlegung durch den Vizekanzler in den Vereinigten Staaten erfolgt.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundesminister! Ich beziehe mich auf eine Pressemeldung vom 11. Jänner 1984, nach der der Herr Vizekanzler Amerikas neugewonnene Stärke begrüßt und dann auf die Frage nach den Abfangjägern meint, daß man die technologisch besten Maschinen ankaufen solle und nicht Modelle mit begrenzter Lebensfähigkeit.

Herr Bundesminister! Ich darf in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob Sie meinen, daß die Modelle, die man offenbar im Auge hat, nicht gerade jene seien, die eine begrenzte Lebensfähigkeit haben, und nicht die besten seien.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Herr Abgeordneter! Ich darf nochmals festhalten, daß die Frage nicht sehr exakt formuliert ist. Aber wenn wir uns darüber im klaren sind, daß keine Typenfestlegung erfolgt ist, daß das auch in den Pressemeldungen nicht enthalten ist, ist das schon sehr wesentlich.

Zur Frage: Natürlich hat jedes Rüstungsgut, jedes Flugzeug eine begrenzte Lebensdauer. Manche eine längere, manche eine kürzere.

Ich glaube, daß die Typen — es ist ja bisher keine Festlegung erfolgt —, die im Gespräch sind, natürlich eine bestimmte Lebensdauer haben. Aber das hängt von den technologischen Details ab. Wir werden aber nichts kaufen oder beschaffen, was eine kurze Lebensdauer hat. Die Detailfestlegung ist jedoch noch nicht erfolgt, sodaß ich Ihnen jetzt keine exakte Antwort geben kann.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundesminister! Ich darf doch noch einmal an die Ausführungen des Herrn Vizekanzlers Steger anknüpfen und Sie fragen, ob Sie bei Ihren Bemühungen um die Anschaffung von Abfangjägern der Stegerschen Meinung fol-

Dr. Ermacora

gen werden, daß es das beste Modell sein soll, das wir anschaffen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Es wird das sicherlich ein Modell sein, das den Ansprüchen Österreichs und auch unseren Möglichkeiten entspricht.

Zur Formulierung „das beste Modell“: Was für uns das Beste ist, ist ja nicht so ohne weiteres zu beantworten. Man könnte jetzt interpretieren, es wäre das Modernste. Es könnte aber die modernste Maschine auf der anderen Seite — bei unserem Ausbildungsstand, bei unserem technologischen Know-how, bei unserer Infrastruktur, bei unseren Werkstätten, bei dem Ausbildungsstand der Piloten et cetera —, wenn ich das so sagen darf, unter Umständen eine Katastrophe sein. Sie kennen ja die Debatte aus der Bundesrepublik Deutschland, daß es deshalb zur Starfighter-Katastrophe gekommen ist, weil die Piloten mit diesem hochmodernen — damals höchstmodernen — Flugzeug nicht zu Rande gekommen sind, weil also eine Generation zu früh auf dieses Gerät eingestiegen wurde.

Nochmals: Ich glaube, wir müssen ganz genau schauen, daß diese Abfangjäger, wenn wir sie beschaffen, sowohl auf unsere speziellen militärischen Funktionen hin als auch im Hinblick auf die technischen und personellen infrastrukturellen Voraussetzungen, die wir in Österreich haben, ausgewählt werden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gugerbauer.

Abgeordneter Dr. **Gugerbauer (FPÖ):** Herr Bundesminister! Die Entscheidung über den Ankauf von Abfangjägern wird ja weitgehend davon abhängen, in welchem Umfang Kompensationsgeschäfte für die österreichische Wirtschaft zustande kommen.

Ich frage Sie daher: Läßt sich absehen, in welchem Umfang es bei einem derartigen Ankauf tatsächlich zu Kompensationsgeschäften kommen könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Es ist selbstverständlich, daß wir, wenn so eine Großbeschaffung mit diesen immensen Geldmitteln, die dafür auf jeden Fall — bei welchem Modell auch immer — notwendig sind, aus wirtschaftspolitischen Gründen danach

trachten müssen, ein Maximum an Kompensation herauszubekommen.

Man kann über die Prozentsätze streiten. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, daß bei einer Kompensation ja an sich der Warenwert im Mittelpunkt steht. Das heißt: Die Beschaffung des Instrumentes kostet soundso viel, und man trachtet nun, gegenüber dem Warenwert den entsprechenden Prozentsatz an Kompensation zu erreichen. Das kann natürlich auch 100 Prozent sein. Das wird man auch anstreben. Auf der anderen Seite darf man aber nicht übersehen, daß ja mit einem derartigen Ankauf eine Fülle von weiteren Ausgaben verbunden sind, etwa infrastrukturelle Maßnahmen, Werkstätten, Ausbildung, Nebenbeschaffungen, die notwendig sind, sodaß letzten Endes, wenn man die Gesamtsumme heranzieht, de facto ein geringerer Prozentsatz herauskommt. Davon muß man ausgehen.

Aber natürlich werden wir danach trachten — das ist ja nicht nur Sache des Verteidigungsressorts, sondern mehrerer Ministerien —, wenn so ein Großprojekt angegangen wird, wenn importiert wird, daß die außenwirtschaftlichen Interessen Österreichs dabei nicht zu kurz kommen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ressel.

Abgeordneter Ing. **Ressel (SPÖ):** Herr Minister! Kann man Ihrer Antwort an den Herrn Professor Ermacora entnehmen, daß beim Ankauf von Überwachungsflugzeugen auch Modelle in Frage kommen, die seinerzeit schon in die engere Wahl einbezogen wurden, oder sind hier von Grund auf neue Überlegungen anzustellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Wie Sie wissen, ist die Planung der Beschaffung dieser Geräte ein altes Problem unserer Landesverteidigung, das ja einmal schon fast vor der Entscheidung, vor der Durchführung gestanden ist. Aus finanziellen Überlegungen wurde damals — trotz der übereinstimmenden Beschlüsse des Landesverteidigungsrates und auch entsprechend der Aussagen der Fraktionen in diesem Haus — die Lösung dieser Frage wieder hinausgeschoben.

Wir haben jetzt zunächst einmal zu untersuchen: Was hat sich geändert? Welche Modelle stehen grundsätzlich zur Debatte? — Das geschieht momentan auch in meinem

Bundesminister Dr. Frischenschlager

Ressort. Es ist keinerlei Festlegung erfolgt. Wir werden nach Abschluß dieser Vorbereitungsarbeiten, bei denen wir noch einmal auf den neuesten Stand eingehen werden, eine Einengung der Typenwahl vornehmen.

Es ist also jedenfalls nicht so, daß irgend etwas ausgeschlossen wäre oder daß man sich für eine bestimmte Type bereits entschieden hätte.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. **Gorton** (ÖVP): Herr Bundesminister! Das Abfangjägerdebakel hat sich ja schon seit den vorhergehenden sozialistischen Regierungen hingezogen. Es würde uns natürlich interessieren, ob in der nunmehrigen sozialistischen Koalitionsregierung doch eine Lösung abzusehen ist. Aber während Ihr Vizekanzler in Amerika über Abfangjäger verhandelt hat, hat Ihr Generalsekretär Grabher-Meyer in Österreich die sensationelle Erklärung abgegeben, daß auch in Österreich Abfangjäger gebaut werden sollten.

Ich möchte Sie fragen: Glauben Sie, daß Sie mit der Beschaffung von Abfangjägern noch so lange warten können, bis der Plan Ihres Generalsekretärs in Österreich realisiert werden könnte, und wie real sehen Sie diese Aussage?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter! Ich glaube, da sind Sie einer Fehlinformation aufgesessen, um mich höflich auszudrücken. *(Zwischenrufe.)* Nein, nein.

Es ist völlig klar, daß wir im Zuge einer derartigen Beschaffung trachten — dies im Anschluß an die Frage der Kompensation, die schon gestellt wurde, daß wir auch technologisches Know-how nach Österreich bekommen; das ist ja auch nichts Neues —, daß in diesem Zusammenhang für den militärischen — aber ich würde sagen, fast primär für den zivilen — Luftfahrzeugbau etwas für Österreich dabei herauschaut. Also kein Mensch hat davon geredet, daß wir in Österreich Abfangjäger bauen. Das wäre wirklich ein Unsinn. Nein. *(Abg. Dkfm. Gorton: Er hat von Lizenzbauten gesprochen!)* Er hat auch nicht von Lizenzbauten gesprochen. Er hat davon gesprochen, daß wir unsere Ansätze an Luftfahrtindustrie, die wir haben, oder an Zuliefe-

rung, ausnützen sollen. Das war seine Aussage. Das unterstütze ich auch.

Das zweite, ob nun die neue Regierung das Abfangjägerproblem anders sieht: Ich glaube, wir können auf den gemeinsamen Beschlüssen aller Parteien aufbauen. Diese Aussagen aller drei Parlamentsfraktionen sind klar und deutlich. Die Bundesregierung hat durch die Beschlußfassung auch des Landesverteidigungsplanes noch einmal indirekt zu diesem Problem Stellung genommen und das positiv beantwortet. Ich persönlich werde mich sehr bemühen, aus neutralitätspolitischen Gründen dieser Frage auf keinen Fall auszuweichen, sondern ich habe diese Frage, wie Sie auch bisher feststellen konnten, ganz bewußt in meiner Ressortpolitik an eine sehr wichtige Stelle gestellt. Ich glaube, wir brauchen aus neutralitätspolitischen und weniger aus militärischen Gründen eine Luftraumüberwachung, und dazu müssen wir feststellen können, was sich im Luftraum tut. Deshalb Projekt „Goldhaube“. Die zweite Komponente ist die aktive Luftraumüberwachung, das heißt, wir brauchen Luftraumüberwachungsinstrumente, sprich Flugzeuge.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Neisser (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

149/M

Warum funktioniert die „Goldhaube“ noch immer nicht?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter! Diese Frage schließt sich sehr sinnvoll an die vorhergehende an, daß ein passives Überwachungsinstrument notwendig ist. Auch das haben alle Fraktionen immer betont. In diesem Fall dreht es sich um die passive Komponente. Daß es ein sehr schwieriges Projekt ist, daß es dabei viele ganz konkrete Schwierigkeiten gegeben hat, ist ja weitgehend bekannt.

Ich darf nur eines in Erinnerung rufen, da Sie fragen: „Warum funktioniert die „Goldhaube“ noch immer nicht?“

Es entsteht der Eindruck, als ob wir wirklich jahrelang in Verzug sind. Auch da möchte ich nichts beschönigen: Wir sind im Verzug. Die Entscheidung ist im Jahr 1974 gefallen. Seit damals wird dieses Projekt betrieben. Es war von Haus aus eine Fertigstellung für Ende 1983 geplant. Diesen Termin können wir nicht einhalten. Es ist allerdings nach dem

Bundesminister Dr. Frischenschlager

derzeitigen Stand der Dinge mit Ende 1985... Oder ich möchte mich vorsichtiger ausdrücken: Es wird während des Jahres 1985 die „Goldhaube“ funktionieren.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Neisser: Herr Minister! Sie selbst haben gesagt: Der Ministerrat hat am 17. März 1974 den Beschluß über dieses Projekt gefaßt. Man könnte also in zwei Monaten zehnjähriges Jubiläum feiern, wenn es etwas zu feiern gäbe. Leider ist das ein Großprojekt. Wir haben mit vielen Fragen — vor allem an Ihre Amtsvorgänger — versucht, das kritisch zu beleuchten. Dabei beweist sich, daß es offensichtlich schwierig ist, solch langfristige Unternehmungen einfach zu managen.

Damals im Jahr 1974 ist auf der Preisbasis 1974 ein Kostenrahmen von 1,3 Milliarden Schilling für dieses Projekt angenommen worden. Können Sie mir sagen, wie groß die bis heute aufgelaufenen tatsächlichen Kosten dieses Projekts sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Die Kostenentwicklung des Projektes hat natürlich mit der Inflation und mit der allgemeinen Entwicklung Schritt gehalten. Dieser Betrag ist natürlich nicht mehr realistisch. Es ist mit Gesamtkosten von rund 2,2 Milliarden Schilling zu rechnen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Neisser: Herr Bundesminister! Ich habe schon bei früheren Anfragen — Sie haben ein Erbe von Ihren Amtsvorgängern übernommen; das gebe ich zu — eher den Eindruck gehabt, daß es von seiten Ihres Ressorts nicht möglich war, dieses Projekt mit einer begleitenden Kontrolle zu versehen, die einen Aufschluß über die jeweilige Kostenentwicklung, aber auch über die technische Realisierung gibt.

Ich möchte daher an Sie die Frage richten: Was haben Sie persönlich unternommen, um dieses System der begleitenden Kontrolle bis zur Fertigstellung dieses Projekts zu verbessern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Frischenschlager: Herr Abgeordneter! Es wäre wahrscheinlich relativ wenig sinnvoll, wenn für diese Schlußphase

jetzt noch eine begleitende Kontrolle über das, was sowieso normal passiert, eingesetzt würde. (*Abg. Dr. Graff: Wurscht!*)

Es ist nicht Wurscht, Herr Abgeordneter Graff, sondern das Projekt ist ja ziemlich im Endstadium, wobei es im Endstadium an sich zwar bedauerliche Schwierigkeiten gegeben hat, die aber technologisch keine großen Probleme mehr darstellen.

Aber was natürlich als Resümee aus der „Goldhaube“ zu ziehen ist: Man muß wirklich eine so große, an sich natürlich hochkomplizierte Angelegenheit untersuchen.

Es ist die modernste Technologie. Man wirft dem Bundesheer meistens vor, daß es sehr veraltete Instrumentarien verwendet. Bei der „Goldhaube“ sind wir wirklich mehr, als uns vielleicht gut getan hat, wenn ich so sagen darf, in eine Vorreiterfunktion gekommen. Wir haben wirklich das modernste Gerät, aber mit den entsprechenden Schwierigkeiten beschafft.

Was zu klären ist — auch im Hinblick auf zukünftige ähnliche große Projekte —: Wo liegen die Schwierigkeiten im Verfahren, warum sind im Ablauf technische Schwierigkeiten aufgetreten et cetera?

Ich werde daher die „Goldhaube“ jetzt im nachhinein noch einmal von Grund auf durchkontrollieren, untersuchen lassen, was leider auch wieder Geld kostet. Aber ich glaube, das Geld ist es wert, und zwar möchte ich diese Untersuchungen unter zwei Gesichtspunkten führen: Einerseits einmal, um Fehler festzustellen, die wir in der Zukunft vermeiden wollen, und zweitens, weil der Betrieb ja auch nicht das billigste sein wird, um also die Kostenkomponenten des Betriebes zu minimieren.

Ich bitte also um Verständnis, insbesondere der Opposition, wenn diese Untersuchung — leider Gottes, weil sie technologisch eine so schwierige Sache ist — einiges kosten wird. Ich bitte, mich dann dafür nicht zu prügeln. Aber ich glaube, das Geld ist es wert, daß man sich die Dinge von Grund auf noch einmal genau ansieht, um die Fehler, die zweifelsohne gemacht wurden, festzustellen. Nicht um nachträglich jemanden zu köpfen, sondern einfach, um in Zukunft derartiger Mängel zu vermeiden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst (FPÖ)**: Herr Bundesminister! Es ist klar, daß ein so neues Projekt auch Fehlerquellen birgt, die man nicht kennt, weil sie noch nirgendwo Gelegenheit hatten aufzutreten.

Auf der Koralpe, an der Grenze Weststeiermark—Kärnten, hat es eine Kunststoffkuppel zerrissen. Das ist ja der Punkt des Streits.

Ich möchte Sie fragen: Wie hoch ist denn der Schaden, der sich herausgestellt hat, beziehungsweise wie hoch sind die Schadenersatzforderungen an die Herstellerfirma dieser Kunststoffkuppel?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter! Ich darf vorausschicken, daß eine dieser betrüblichen Schwierigkeiten dadurch aufgetreten ist, daß witterungsbedingt der Schaden an dieser Kunststoffhaut über dem Gerät auf Grund eines Anbringungsfehlers entstanden ist, eine Sache, die höchst bedauerlich ist, aber an sich, wie gesagt, kein großes Problem darstellt.

Es ist auch klar, daß die Kosten nicht dem Ressort zur Last fallen werden, sondern das wird im Rahmen der Gewährleistung abzuwickeln sein.

Die Gesamtkosten des Schadensfalles stehen noch nicht fest. Ich kann sie also noch nicht beziffern. Aber sie werden sich in Millionenhöhe bewegen. Aber noch einmal: Ich kann das jetzt, auch auf Grund des Verfahrens, das diesbezüglich läuft, nicht genau beziffern. Zur Last wird es uns, Gott sei Dank, nicht fallen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Tychtl.

Abgeordneter Ing. **Tychtl (SPÖ)**: Herr Bundesminister! Ich darf noch einmal auf diese geplatzte Kunststoffkuppel zurückkommen und darf Sie fragen, ob in dieser Schadenersatzforderung auch die Mehrleistungen, die durch das Bundesheer erbracht werden mußten, enthalten sind.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Wir werden sicherlich nach der Rechtslage die finanziellen Nachteile, die uns erwachsen sind, in Rechnung stellen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Koppensteiner.

Abgeordneter **Koppensteiner (ÖVP)**: Herr Bundesminister! Es ist ja nicht so, daß die „Goldhaube“ nicht in Betrieb wäre, sondern der Teil Koralpe ist besetzt, es wird gearbeitet, nur hinsichtlich des militärischen Teiles ergibt sich folgende Frage:

Es ist ein einziger Militärangehöriger oben, ein Major, der frei haben muß, der Urlaub hat, der auch einmal krank sein kann. Die Bevölkerung fragt sich nun: Ist es möglich, eine Luftüberwachung zeitlich eingeschränkt durchzuführen, oder soll das rund um die Uhr gehen?

Stehen Sie dazu, wenn die „Goldhaube“ endgültig in Betrieb geht, auch eine effiziente Mannschaft dorthin zu schicken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter! Wie Sie wissen, ist der militärische Teil nicht der einzige, sondern diese Luftraumüberwachung ist ja eine integrierte, sie umfaßt die zivile und die militärische Luftraumüberwachung. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht ein Riesenprojekt, ein sehr teures Projekt verwirklichen, das in die Milliarden geht, und es dann womöglich aus Personalgründen unbesetzt lassen.

Es wird also den Anforderungen entsprechen, es wird das nötige Personal vorhanden sein. Ich würde sagen: Nicht nur qualitativ, sondern auch was die Zeit betrifft.

Präsident: Wir kommen zur 6. Anfrage: Herr Abgeordneter Ermacora (ÖVP) an den Herrn Minister.

150/M

Warum ist die notwendige Ausrüstung für die „Ausbaustufe 1986“ nicht möglich?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager**: Herr Abgeordneter Ermacora! Ich darf vorausschicken: Die Zwischenstufe 1986 ist ein entscheidendes Datum, wo wir im Hinblick auf die personellen Zielsetzungen keine wesentlichen Probleme haben. Natürlich haben wir auf Grund der finanziellen Ausstattung der militärischen Landesverteidigung bei der Beschaffung Schwierigkeiten, allerdings nicht so, wie es oft dargestellt wird, als ob wir

Bundesminister Dr. Frischenschlager

sozusagen da völlig außerhalb des Planes liegen.

Ich darf hervorheben, daß die wesentlichsten Teile der Bewaffnung und Ausrüstung vorhanden sind, von der Bekleidung über die Mannesausrüstung, den Handfeuerwaffen bis hin zu den mittleren Granatwerfern. Beim schweren Gerät mußte aus budgetären Gründen natürlich eine Verschiebung vorgenommen werden, weil nicht zuletzt, was man gern vergißt, im Rüstungsbereich die Inflationsrate oder die Teuerungsrate eine noch viel raschere Entwicklung genommen hat als bei anderen Gütern, sodaß die ursprüngliche Finanzplanung aus diesem Grund allein schon ins Schwanken kommen muß.

Trotzdem möchte ich klarstellen: Die Schwierigkeiten liegen nicht so sehr in der Anschaffung überhaupt, sondern in dem Ersatz des Alten bei den Panzern, bei der Artillerie et cetera.

Es ist also nicht so, daß uns das Material vom Nullstand her fehlt, sondern der Ersatz des zum Teil sehr stark überalterten Gerätes macht die großen finanziellen Schwierigkeiten.

Wir werden also die wichtigsten Teile auch der materiellen Seite der Zwischenstufe durchaus erreichen, die personelle war eigentlich nie ein Problem.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundesminister! Alle, die bei der Raumverteidigungsübung 1982 in Kufstein waren, konnten in Augenschein nehmen, daß es in den Artilleriestellungen — Sie sind, glaube ich, ein ausgebildeter Artillerist — Geschütze gibt, die das Baujahr 1941 tragen. Bitte: Das ist heuer oder war voriges Jahr. Das ist so, als würde man im Zweiten Weltkrieg mit Geschützen aus dem Ersten Weltkrieg, aus der Zeit der Dolomitenkämpfe, geschossen haben. Es stimmt also Ihre Antwort, daß man nichts Neues brauchte, nicht ganz.

Ich stelle an Sie die Frage: Welche Budgetmittel benötigen Sie, um auch materiell die Ausbaustufe zu erreichen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Herr Abgeordneter! Ich habe natürlich nicht gesagt, daß wir kein neues Gerät brauchen.

Das wäre ja wirklich völlig falsch. Wir brauchen neues Gerät.

Ihr Beispiel von der Artillerie ist mir natürlich durchaus geläufig. Es muß aber folgendes einmal deutlich gesagt werden: Wenn man sich die Ausrüstung anderer vergleichbarer Armeen ansieht, dann merkt man, daß sie uns in vielen Bereichen an modernem Gerät voraus sind. Das heißt aber noch lange nicht, daß Altes vorzeitig abgeschafft wird. In der israelischen Armee fahren zum Beispiel die ältesten „Dinge“ auch heute noch. Sie haben dort sicherlich modernstes Gerät, aber das alte wird natürlich weiterverwendet. So etwas passiert bei uns auch. Aber ich gebe gern zu — ich sehe gar keinen Grund, das abzuleugnen —: Wir haben bei der Artillerie natürlich einen großen Nachholbedarf.

Zur budgetären Situation: Sie kennen die Investitionspläne. Sie wissen, welche finanziellen Mittel da vorgesehen sind. Ich hege nicht die Illusion, daß wir im Bereich des Verteidigungsbudgets eine explosionsartige Besserstellung bekommen werden. Auf der anderen Seite gibt es natürlich die Schwierigkeit, daß die Übernahme von neuem Gerät nicht mit dem Ankauf sozusagen abgeschlossen ist. Die Übernahme in die Organisation erfordert ja personelle und andere Maßnahmen.

Wir sind — wie gesagt, mit Ausnahme von manch schwerem Gerät, bei dem die Erneuerung Schwierigkeit bereitet — auch budgetär einigermaßen abgedeckt. Im Detail müßte man jetzt die einzelnen Projekte hernehmen — wie Artillerie, Panzerbeschaffung — und da die budgetären Erfordernisse anführen. Aber an sich sind wir im großen und ganzen im Plan.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. **Ermacora:** Herr Bundesminister! Wenn Sie auf der einen Seite möglicherweise die Absicht haben, Abfangjäger aus einem laufenden Budget zu kaufen, und auf der anderen Seite so gravierende Mängel etwa bei der artilleriemäßigen Ausrüstung des Bundesheeres bestehen, dann müssen Sie ja mit dem laufenden Budget in eine totale Konfrontation und in einen totalen Konflikt geraten.

Ich stelle bitte noch einmal die Frage: Wie werden Sie mit den Budgetmitteln bis zum Ende der ersten Ausbaustufe auskommen, um die materiellen Rückstände, die es im Bundesheer gibt — das geben Sie zu —, zu beheben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Herr Abgeordneter! Die Beschaffung zum Beispiel der Abfangjäger ist natürlich im bisherigen Budgetrahmen nicht möglich. Es wird die Aufgabe der allernächsten Wochen und Monate, möchte ich sagen, sein, die finanzielle Frage auf diesem Sektor einer Lösung zuzuführen. Das geht natürlich im Rahmen dieses Budgets nicht, war auch nie so gedacht. Es ist immer klar gewesen, daß hierfür Sondermittel notwendig sind.

Aber die Flugzeuge sind, wie gesagt, ein Sonderposten, eine Angelegenheit, die außerhalb des Heeresbeschaffungsprogrammes, jetzt im Hinblick auf die Zwischenstufe, steht. Das war immer ein abgesondertes, wenn auch sehr wichtiges Problem.

In den anderen Bereichen — wie gesagt, bis 1986 sind es ja nicht mehr allzu viele Jahre; das sind die Budgets 1985 und 1986 — werden wir bei der Beschaffung in verschiedenen Sektoren noch wesentlich vorankommen. Es wird aber natürlich beim schweren Gerät innerhalb der Erneuerung einiges offenbleiben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gugerbauer.

Abgeordneter Dr. **Gugerbauer (FPÖ):** Herr Bundesminister! Es gibt in Österreich durchaus auch eine moderne Bewaffnung. Ich erwähne nur das Sturmgewehr 77, das international Aufsehen erregt hat und um das uns auch viele ausländische Armeen beneiden. Wie weit ist jetzt die Ausrüstung der Landwehrverbände mit diesem Sturmgewehr 77 gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Herr Abgeordneter! Das Sturmgewehr 77 ist tatsächlich eines unserer Aushängeschilder im technologischen Bereich, und ich hoffe, daß dieses Sturmgewehr auch im Ausland verstärkt Abnehmer finden wird. Das wäre wirtschaftspolitisch an sich sehr gut für uns. Gereicht wäre es, denn es ist eine gute Waffe.

Wir sind mit der Ausstattung des Sturmgewehres sehr weit vorangekommen. Die Bereitschaftstruppe ist generell damit ausgestattet, bei der Landwehr ist dies bei den Jägerbrigaden im großen und ganzen der Fall. Die mobile Landwehr ist weitestgehend damit ausgestattet, die Territorialverbände sind noch nicht damit ausgestattet. Insgesamt wurden für den Bereich Landwehr, also ohne Bereitschaftstruppe, bisher rund 45 000 Gewehre ausgeliefert.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Roppert.

Abgeordneter **Roppert (SPÖ):** Herr Bundesminister! In der interessierten Öffentlichkeit ist bekannt — Sie haben es gerade wieder anklingen lassen —, daß in personeller Hinsicht die Zwischenstufe 1986 erreicht werden kann. Von Bedeutung ist aber, so meine ich zu dieser Frage, nicht nur der angepeilte Personalhöchststand 1986, sondern auch der Ausbildungsstandard unserer Milizsoldaten.

Wird von Ihrer Seite daran gedacht, Herr Bundesminister, im Wege einer Gesamtreform das Heeresschulkonzept so neu zu konzipieren, daß bestehende Ausbildungsmängel beseitigt werden können und der Ausbildungsstand unserem Milizsystem angepaßt werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Herr Abgeordneter! Die Weiterentwicklung unseres Heeres zu einer milizartigen Verteidigung bringt eine Menge von Problemen mit sich, in der Beschaffung, vor allem aber im personellen Bereich. Es besteht überhaupt kein Zweifel, daß das Bundesheer, das ursprünglich an sich von seiner historischen Entwicklung her von einem anderen Konzept ausging, jetzt auch sozusagen in der Einstellung zur Ausbildung, aber auch zu anderen militärischen Fragen meines Erachtens die Milizidee noch nicht völlig in sich aufgenommen hat.

Das ist vor allem auch in der Ausbildung da und dort festzustellen. Ich glaube daher, daß wir, ausgehend davon, daß ein milizartiges Heer ganz andere Ausbildungsanforderungen hat, tatsächlich noch einen großen Reformpunkt vor uns haben. Es geht einmal darum, die Angleichung der Milizsoldaten, vor allem des Milizkaders, der Milizoffiziere an die Berufsoffiziere zu erreichen, etwas, was im Offiziersbereich relativ rasch durchgeführt werden kann. Vor allem bei der Kaderausbildung haben wir aber, wie Sie wissen, große Schwierigkeiten. Wir müssen, da wir ja von den Milizsoldaten im Ernstfall dieselbe Aufgabenbewältigung erwarten wie vom Berufsoffizier, trachten, daß ein ausbildungsmäßiger Ausgleich erfolgt. Es wird daher im Ministerium sehr intensiv an dieser Ausbildungsreform gearbeitet, und ich bin gern bereit, bei anderer Gelegenheit einmal intensiver darüber zu informieren.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kraft.

Abgeordneter **Kraft (ÖVP):** Herr Bundesminister! In Ihrer „Selbstverteidigungsrede“ bei

Kraft

der Budgetdebatte im vergangenen Dezember haben Sie eine ganze Reihe von Dingen angeführt, wofür Sie zu wenig Geld haben, sodaß Sie diese Dinge nicht kaufen können. Der Geldmangel ist ja anscheinend die chronische Krankheit nicht nur des Landesverteidigungsbudgets, aber insbesondere dort.

Ihr Parteifreund und Vizekanzler Steger hat unlängst laut Presse vom 11. Jänner die Erklärung abgegeben, daß es nicht dabei bleiben kann, für die Armee künftig unter 2 Prozent des Nationalproduktes auszugeben. Das würde — wir wissen, daß wir derzeit 1 Prozent ausgeben — die Verdoppelung des Verteidigungsbudgets bedeuten.

Herr Bundesminister! Glauben Sie selbst an eine solche Aussage?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Frischenschlager:** Herr Abgeordneter! Ich glaube sicherlich nicht daran, daß wir von heute auf morgen diesen Anteil am Bruttosozialprodukt bekommen werden, aber es ist natürlich mein politisches Ziel und das meiner Fraktion, den Anteil des Bruttosozialproduktes, der momentan bei 1,4 Prozent liegt, wenn ich das jetzt exakt wiedergebe, in Richtung 2 Prozent zu bewegen.

Präsident: Ich erteile Herrn Abgeordneten Michael Graff, der bei einer Antwort des Herrn Bundesministers Ofner den Zwischenruf „Geschwafel“ gemacht hat, einen **Ordnungsruf**.

Die Fragestunde ist beendet.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Fragestunde zum Aufruf bringen.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 342/AB eingelangt ist.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich wie folgt zu:

Dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Bundesgesetz über das Wappen und andere Hoheitszeichen der Republik Österreich (Wappengesetz) (166 der Beilagen);

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Bundesgesetz über die Umweltverträglichkeit von Waschmitteln (Waschmittelgesetz) (185 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Zolllarifgesetz 1958 geändert wird (13. Zolllarifgesetznovelle) (186 der Beilagen);

dem Unterrichtsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz 1983 geändert wird (192 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Errichtung einer Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft geändert wird (197 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Investitionsprämienengesetz geändert wird (214 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird (215 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Bundesgesetz über die Betriebszeiten gewerblicher Betriebe an Sonntagen und Feiertagen (Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetz) (198 der Beilagen).

Der Zweite Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses wurde vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 78/A eingebracht worden ist.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Donnerstag, den 26. Jänner, um 10 Uhr 5 Minuten ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 2 Minuten